Wolff
erg 7.
amen
Neuenbürg.
auf
ie unserem Verein noch
n in unserem heurigen
en Beteiligung am Kurs,
Ce usw. in aller Bälde
rl. Eberh. Essich.
o 1.
gehe ich am
n?
ch Rotensol
e" zur gemütlichen
rhaltung
ann Pfeiffer.
inen.
ladung.
ande, Freunde und
ovember 1925
n
s-Feier
amm" in Zainen
Bitte, dies als per-
men zu wollen.
tschler,
ntschler, Alzenberg.
irn,
tirn, Zainen.
Liebenzell.
Weihnachts-Verkauf
zu herabgesetzten Preisen.
Praktische
Weihnachts-Geschenke:
off-, Strick-, Woll- und
idenwaren, Damen- und
nderkleider, Andenken und
Spielwaren
om 19. Nov. bis 30. Nov.
Frl. Karol. Kirchenbauer,
Frauenalb Abtei.
Ich habe einen
7 PS
Drehstrommotor,
chleifring, 220/830 Volt, mit
elanlasser, neu, billig zu ver-
ufen.
Otto Klammer,
Pforzheim, Zerrenner-Str. 68.
Lehrmädchen,
elches das Emaillieren er-
rnen will, gesucht.
E. Mauz, Pforzheim
Zerrennerstraße 32.

Bezugspreis: Halbmonatl. in Neuenbürg 75 Goldpfg. Durch die Post im Orts- u. Oberamtsverkehr, sowie im sonst. inl. Verk. 93 G.-Pf. m. Postbestellgeb. Preise freibleib., Nacherhebung vorbehalten. Preis einer Nummer 10 Goldpfg.

In Fällen höh. Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung od. auf Rückerstattung des Bezugspreises.

Bestellungen nehmen alle Poststellen, sowie Agenturen u. Austrägerinnen jederzeit entgegen.

Gires-Konto Nr. 24 O.A.-Sparkasse Neuenbürg.

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Druck und Verlag der C. Meeh'schen Buchdruckerei (Inhaber D. Strom). Für die Schriftleitung verantwortlich D. Strom in Neuenbürg.

Anzeigenpreis: Die einsp. Petitzeile oder deren Raum im Bezirk 20, außerh. 25 Goldpfg., Rekl.-Zeile 80 Goldpfg. m. Inf.-Steuer. Kollekt.-Anzeigen 100% Zuschlag. Offerte und Auskunfterteilung 20 Goldpfg. Bei größeren Aufträgen Rabatt, der im Falle des Mahnverfahrens hinfällig wird, ebenso wenn Zahlung nicht innerhalb 8 Tagen nach Rechnungsdatum erfolgt. Bei Tarifveränderungen treten sofort alle früheren Vereinbarungen außer Kraft. Fernsprecher Nr. 4. Für telefonische Aufträge wird keinerlei Gewähr übernommen.

№ 273. | Samstag, den 21. November 1925. | 83. Jahrgang.

Politische Wochenrundschau.

In dieser Woche hat in Württemberg das politische Leben und Treiben wieder seinen Anfang genommen. Nach einer überaus langen Sommer- und Herbstpause ist das Plenum des württembergischen Landtags zusammengetreten. Vorbei ist die Zeit der Erholung und der Repräsentation. Der Winter ist immer bei den Parlamenten der harten und ernsten Arbeit im Plenum und in den Ausschüssen gewidmet. Die Hauptarbeit der jetzigen Wintersaison wird, wenn auch erst gegen ihr Ende, dem Etat für das neue Jahr 1926, der jetzt vom Finanzministerium vorbereitet wird, und der Erledigung der längst fälligen, vielfach versprochenen großen Verwaltungsreform in Württemberg gelten müssen. In der heutigen finanziellen Notlage muß jeder Betrieb sich nach der Decke strecken und dabei vor allem seine Verwaltungskosten auf das niedrigst mögliche Maß einschränken. Ueberall gilt es zu vereinfachen und abzubauen. Das hat aber nicht nur für den Privatbetrieb, sondern in demselben Maße für den Staatsbetrieb zu gelten. Es ist ganz erstaunlich, daß die Parteien sich überhaupt so lange hinhalten lassen. Wenn man erkannt hat, daß die heutige Verwaltung durch Abbau und Zusammenlegung wesentlich billiger und wirtschaftlicher gestaltet werden könnte — und das steht doch fest —, so hat man auch die Pflicht, die erforderlichen Maßnahmen durchzuführen, ohne sich durch Drohungen kurzsichtiger Lokalinteressenten abschrecken zu lassen, da das Gesamtwohl höher stehen muß als die Zufriedenstellung der Wünsche einer Minderheit. Man darf es offen bekennen, daß kein Privatbetrieb sich heute das leisten könnte wie der Staat, der heute noch seine gesamte, aus der Zeit vor 100 Jahren stammende, veraltete Verwaltungseinrichtung aufrecht erhält. Es ist ganz verständlich, wenn Industrie und Gewerbe bei der heutigen Reinigungskrise, die heute jeden von ihnen, heute oder morgen, erfassen kann, mit Unmut auf den Staat hinweisen, der durch seinen kostspieligen Betrieb die hohe Steuerlast bedingt. Bedauerlich aber ist, daß man den heftigsten Angriffen seitens der Beamtenschaft ausgesetzt ist, wenn man es wagt, von Beamtenabbau zu reden, oder sich erlaubt, auf die Gehälter hinzuweisen. Gewiß sind die Beamtengehälter nicht zu hoch, aber man muß auch anerkennen, daß die Gehälter der entsprechenden Angestelltengruppen in der Privatwirtschaft entweder niedriger oder höchstens gleich hoch sind. Bei den Beamten kommt dann noch der große Wert der Pensionsberechtigung hinzu, deren Wegfall in der Privatwirtschaft keineswegs durch ein entsprechend höheres Einkommen aufgewogen wird. Jeder Berufsstand muß wissen, daß die Not des andern auch seine Not bedingt und unter allen eine unlösbare Schicksalsgemeinschaft besteht. Nur einträchtliches Zusammenhalten und Einschränkung auf jeder Seite überwindet die gegenwärtige harte Not.

Die württembergische Sozialdemokratie und das Stuttgarter Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, die es für gut hielten, bei dem Besuche Hindenburgs in Stuttgart durch Abwesenheit zu glänzen, haben für ihr kleinliches Verhalten nachträglich von einem Manne sich eine Abfuhr geholt, von dem sie es sicher nicht erwartet hätten, da er doch eigentlich so halb zu ihren eigenen Reihen zählt, nämlich von dem badischen Staatspräsidenten Dr. Hellpach. Dr. Hellpach drückte nämlich in einem Zeitungsartikel seine große Freude darüber aus, daß das Frankfurter Reichsbanner dem Reichspräsidenten bei seinem Besuch in Frankfurt eine großartige Huldigung dargebracht habe und daran die überaus treffende Bemerkung, daß das Frankfurter Reichsbanner damit „all die Kleinen, Kleinlichen und Kleinmütigen beschämte, die anderwärts wie ein spießiges Narrengewand die Eierschalen der Hofgänger-Angstmeierei weiterschleppten, Aufmärsche verweigerten, Empfängen fernblieben oder Ansprachen nach dem Wort Republik durchmusterten". Diese Worte beziehen sich offenkundig auf das Stuttgarter Reichsbanner und auf die württembergische Sozialdemokratie, denn nirgends anders auf der süddeutschen Reise des Reichspräsidenten ist solches geschehen wie in Württemberg, ein Verhalten, das jetzt von einem Mann aus ihrem Kreis gemaßregelt wird.

Die Reichspolitik stand in dieser Woche ganz im Zeichen hochpolitischer Entscheidungen. Endlich ist der Beschluß der Botschafterkonferenz ergangen, mit der Räumung der nördlichen Rheinlandzone am 1. Dezember, dem Tag der Unterzeichnung des Vertrags von Locarno in London, zu beginnen. Allerdings läßt man sich dazu beträchtliche Zeit, denn man rechnet heute schon mit evtl. technischen Schwierigkeiten, die die Räumung bis Ende Januar, möglich aber auch bis 20. Februar verzögern könnten. Wenn man diese Zeitspanne von fast ½ Jahr für den Abzug von etwa 10 000 Mann aus der Kölner Zone vergleicht mit den Räumungsfristen, die dem Millionenheer der deutschen Armee Ende 1918 zum Rückzug hinter den Rhein gestellt waren, so ist es wie ein Hohn, wenn man nicht wüßte, daß politische Gründe hinter diesen angeblichen technischen Schwierigkeiten stecken. Man will nämlich warten, wie die weitere Entwaffnung durch Deutschland voranschreitet. Aeußerlich wohlwollend hat Frankreich sich zur Räumung von Köln bereit und damit einverstanden erklärt, daß die restliche Entwaffnung durch Deutschland nachfolge, in Wirklichkeit aber ist es umgekehrt, da Frankreich durch die Verzögerung der Räumung es in der Hand hat, die Entwaffnung vorher zu erzwingen. Die Botschafterkonferenz hat auch noch eine große Reihe von Erleichterungen des Besatzungsregimes, die nach der Unterzeichnung in Kraft treten sollen, bekannt gegeben, über die jetzt die deutsche Regierung berät. Es ist nicht daran zu zweifeln, daß die Regierung, wenn sie auch nicht alle Zusicherungen als erfüllt ansieht, doch zur Unterzeichnung des Vertrags sich entschließt.

Deutschland.

Berlin, 20. Nov. Hindenburg tritt für Locarno ein. Das geht aus dem Telegramm hervor, das er dem Londoner Presseklub bei dem Gastmahl sandte, das dieser zu Ehren der Botschafter gab. Das Telegramm spricht den Wunsch aus, daß der neue Geist gegenseitiger Schätzung und Hochachtung, wie er in Locarno geboren worden sei, zur Verständigung der Völker beitragen möge. Diesen neuen Geist zu verbreiten, sei die ebenso hohe als edle Aufgabe der Presse.

Zur Räumung der Kölner Zone.

Die am 1. Dezember beginnende Räumung der „Kölner Zone" betrifft nicht etwa, wie die seit längerer Zeit übliche abgekürzte Ausdrucksweise vermuten läßt, nur das Gebiet des Kölner Brückenkopfes, in dem englische Besatzung liegt. Vielmehr ist unter „Kölner Zone", wie man weiß, die ganze rheinische erste Besatzungszone zu verstehen, die laut Versailler Vertrag bereits am 10. Januar 1925 hätte geräumt sein müssen. Die Grenze dieses Gebietes, das vom 1. Dezember an frei wird, reicht von der Grenze westlich München-Gladbach bis zum Rhein südlich Remagen.

Englisch-amerikanische Richthofen-Ehrung.

Berlin, 20. Nov. Unter den im Laufe des gestrigen Tages am Grabe Richthofens niedergelegten Kränzen befindet sich ein größeres Blumengebinde, dessen Trauerschleife auf der einen Seite die Aufschrift trägt: „British and American Officiers in Berlin". Auf der Rückseite der Schleife befinden sich die Worte" „Manfred v. Richthofen, unser Gegner, aber nicht minder unser Kamerad". U. a. hat auch der Berliner dänische Gesandte von Mutius einen Kranz am Grabe niedergelegt.

Soll der Nährstand zugrunde gehen?

In einer an den Reichskanzler Dr. Luther gerichteten Entschließung des Bundesvorstands des Reichslandbundes wird im Anschluß an die große Kundgebung vom 28. 10. in Berlin, die den Zweck hatte, das öffentliche Gewissen gegenüber der Landwirtschaftsnot aufzurütteln, auf die große Gefahr aufmerksam gemacht, die in der mangelhaften Vorbereitung der nächstjährigen Ernte liegt. Seit dem genannten Termin sind 14 Tage verflossen; damit ist wertvolle Zeit vergeudet. Der von dem Gesichtspunkte der allgemeinen Lebensbedürfnisse des ganzen Staates gar nicht entbehrliche, arbeitsbereite deutsche Bauernstand hat nichts davon verspürt, daß inzwischen die für das Staatswohl an oberster Stelle verantwortlichen Männer mit klarem Bewußtsein die heraufziehende wirtschaftliche und damit staatspolitische Katastrophe erfaßt haben. Die Forderung der Einsetzung eines Sonderausschusses beim Reichskabinett wird erneut gestellt. Er soll durchführbare Maßnahmen zur Sicherung unserer Ernährung vorschlagen, die bewußt planvoll den inneren Markt stärken als eine der Voraussetzungen für Exportmöglichkeiten und damit zur Besserung der deutschen Wirtschaftsbilanz. Der augenblickliche Zustand ist nicht haltbar. Wird nicht rasch gehandelt, so wird die Jagdhastigkeit, mit der das Landvolk jetzt an die Vorbereitung für die kommende Ernte herangeht, bald zu einer Entmutigung bis zur Hoffnungslosigkeit führen. Wann wird das Reichskabinett die Agrarfrage anpacken, die kurz und langfristig betrachtet, nicht eine solche eines einzelnen Berufsstandes, sondern die des gesamten deutschen Volkes ist?

Der Alp auf der Landwirtschaft.

Die in den letzten Wochen lawinenartig anwachsende Not der Landwirtschaft ist weiten Kreisen der Bevölkerung noch immer nicht verständlich, da man doch allenthalben von einer „guten" Ernte hören konnte. Sie muß aber verständlich werden, wenn man den Dingen auf den Grund geht. Die Not hat ihre Uranfänge in dem Raubbau an unserem Ackerboden in den Kriegsjahren und den hemmenden Bestimmungen der Zwangswirtschaft. Sie setzte sich fort in den Auswirkungen der Inflationszeit, die den Bauer zwar teilweise, aber auch nicht mehr als andere Kreise der Bevölkerung entlasteten, ihn aber mangels einer entsprechenden Schulung dann umso schwerer schädigten. Zu der Rentenmarkbelastung kam ein durch schlechte Ernte bedingter Mangel an Betriebskapital, der zur Aufnahme teurer Kredite zwang. Die Verschuldung wuchs und zu allem „Glück" einer viel versprechenden, aber nur mittleren Ernte kam nun zum Schluß die Absatzkrise, die völlige Unmöglichkeit, die geernteten Produkte zu auskömmlichen Preisen abzusetzen. Eine Flut von Steuern schließt den konzentrischen Druck, dem der Landwirt erliegen muß, wenn nicht Abhilfe geschaffen wird. Die Abhilfe ist vor allem durch Stundung der Kredite erforderlich. Mindestens ebenso wichtig ist aber die Lockerung der Steuerpresse. Das Einziehen der Steuern muß mit der größten Rücksicht unter volkswirtschaftlichen Rücksichten geschehen. Ein Eintreiben würde sich an dem Einzelnen, doppelt aber an der Gesamtheit rächen. Der Einzelne fällt dem Staat als Arbeitsloser zur Last, die Gesamtheit trägt die Kosten und ihre Ernährungsbasis verringert. Die Steuerüberschüsse, die der Staat noch heute erzielt, gestatten weitgehendste Rücksichtnahme. Die Finanzgebarung der Gemeinden muß die steuerliche Unfähigkeit der Landwirtschaft auch mehr in Rechnung stellen. Dem konzentrischen Druck der Belastung der Landwirtschaft muß mit einer entsprechend umfassenden Entlastung begegnet werden, wenn die deutsche Landwirtschaft für die volkswirtschaftlichen und finanziellen Aufgaben des deutschen Volkes weiterhin verfügbar sein soll. Fällt die Landwirtschaft für diese Zwecke aus, dann sind die Folgen für das deutsche Volk unübersehbar.

Die Kommunisten gegen Geßler.

Berlin, 19. Nov. Die Kommunisten haben sich wieder einmal einen besonderen Scherz ausgesonnen. Sie bemühen sich krampfhaft, gegen den Reichswehrminister Geßler Material zusammenzubringen, um ihn vor den Staatsgerichtshof zu stellen. Dazu muß ihnen jetzt auch die verunglückte Kampagne dienen, die Herr Emil Ludwig gegen ihn begonnen hat, wegen einiger Erklärungen, die er angeblich zu dem Nürnberger Oberbürgermeister Luppe über den Monarchismus in Bayern gemacht hat. Die Geschichte ist noch keineswegs aufgeklärt, es steht Aussage gegen Aussage. Man wird Herrn Geßler nach der ganzen Vergangenheit nachsagen müssen, daß er zu klug ist, um sich durch unbedachte Aeußerungen zu kompromittieren. Den Kommunisten ist das gleichgültig. Ihre Fraktion hat im Reichstag einen Antrag eingebracht, den Reichswehrminister wegen Verletzung der Reichsverfassung durch Förderung der monarchistischen Verschwörung in Bayern vor dem Staatsgerichtshof anzuklagen. Sie berufen sich dabei auf den Artikel 59 der Reichsverfassung, geben sich aber selbst keinerlei Illusion darüber hin, daß sie die für einen solchen Antrag erforderliche Zweidrittelmehrheit nicht erreichen werden. Da sie aber gleichzeitig ausdrücken, daß der Antrag ein Alarmsignal für die ganze deutsche Arbeiterschaft sein soll, werden sie überhaupt nur die Sozialdemokraten in die Verlegenheit bringen, entweder für den Antrag zu stimmen und dadurch ihre eben wieder enger werdenden Beziehungen zwischen den Demokraten und Zentrum zu zerreißen, oder gegen den Antrag zu stimmen, damit die Kommunisten ihnen dann wieder nachsagen können, sie begingen Verrat an der Republik.

Ausland

Paris, 19. Nov. Das in Metz erscheinende Blatt „Le Messin" meldet, daß die französische Regierung ungefähr die Hälfte der Truppen, die gegenwärtig die Rheinlande besetzt halten, zurückziehen werde.

Washington, 20. Nov. Präsident Coolidge trat in seiner gestrigen Rede für die Unterstützung des Weltschiedsgerichts ein.

Die Bedrohung Nordtirols.

Innsbruck, 19. Nov. Im Tiroler Landtag ist heute ein von allen Parteien unterzeichneter Antrag eingebracht worden, in dem auf die Bedrohung Nordtirols durch die Faschisten und auf die Verletzung des Weltpostvertrages durch die italienischen Postorgane, die Briefe und Zeitungen nicht zustellen, hingewiesen wird. Dieser Zustand habe in Nordtirol ungeheure Erbitterung ausgelöst, die sich in unliebsamen Zwischenfällen auswirken könnte, um so mehr, als auch die nationale und wirtschaftliche Entrechtung der Deutschen in Südtirol die Stimmung in Nordtirol geradezu zu einer verzweifelten gemacht habe. Die Landesregierung wird gefragt, ob sie bereit sei, die Bundesregierung auf die unhaltbaren Zustände aufmerksam zu machen und zu verlangen, daß die Bundesregierung bei der nächsten Sitzung des Völkerbundes auf diese Verhältnisse hinweist, falls unmittelbare Vorstellungen bei der italienischen Regierung ohne Erfolg bleiben sollten.

Austreibung deutscher Geistlicher aus Südtirol.

Wien, 20. Nov. Wie aus Innsbruck gemeldet wird, gehen die Faschisten in Südtirol daran, auch den deutschen Klerus zu entfernen. In mehreren Gegenden wurde den deutschen Pfarrern das Betreten der Schulen untersagt. Mehrere als Lehrer an Unterrichtsanstalten wirkende höhere Geistlichen wurden ausgewiesen. Krankenschwestern, die der italienischen Sprache nicht mächtig sind, wurde die Ausübung ihres Berufes in den Spitälern verboten. Der Propst von Bozen wurde gezwungen, einen italienischen Geistlichen anzustellen. Er mußte diesen sogar bei sich wohnen lassen, damit der Probst unter ständiger Kontrolle stehe. In der letzten Woche haben die Faschisten in Trient dem apostolischen Stuhle eine Beschwerdeschrift gegen die deutschen Geistlichen Südtirols überreicht, die Galparri diesen zur Rückäußerung übersandte. Die Faschisten versuchen über den Umweg der Kurie den deutschen Klerus in Südtirol matt zu setzen.

Faschismus in Ungarn.

Budapest, 19. Nov. Der Bund der rechtsradikalen Organisationen Ungarns hielt gestern seine Generalversammlung ab und wählte Erzherzog Albrecht zum Generalgouverneur. Der Erzherzog hat eine Rede gehalten, in der er als Gegengift gegen alle Krankheiten Ungarns und der Welt die faschistische Organisation der Gesellschaft empfohl. In politischen Kreisen wird diese Rede und im Zusammenhang damit der jüngste Aufenthalt des Erzherzogs und seiner Mutter in Italien viel kommentiert. Es laufen Gerüchte um, daß die Rede des Erzherzogs als Ankündigung seiner Thronansprüche aufzufassen sei. Der Erzherzog habe sich in Rom die Unterstützung der italienischen Faschisten gesichert, und er wolle schon in absehbarer Zeit, man spricht von einigen Monaten, offen als Thronprätendent auftreten.

Deutschlands Mandatsforderungen.

Paris, 20. Nov. Wie aus Genf hierher berichtet wird, soll auf der nächsten Völkerbundsratsversammlung die Mandatsfrage für Deutschland erörtert werden. Zu diesem Zweck sind die Vertreter der englischen Dominions nach Genf eingeladen worden.

Der Drusensultan auf dem Wege nach Genf.

Der Führer der Drusen, Sultan el Atrasch, ist in Konstantinopel eingetroffen. Von dort begibt er sich nach Genf, wo er dem Völkerbund die Wünsche der Syrier auf Selbstbestimmung unterbreiten will.

Aus Stadt, Bezirk und Umgebung.

Sonntagsgedanken.

Erdentagsende.

Ich mag wohl Begraben mit ansehen, wenn so ein rotgeweintes Auge noch einmal in die Gruft hinabblickt, oder einer sich kurz umwendet und so bleich und starr sieht und nicht zum Weinen kommen kann. S' pflegt mir dann wohl selbst nicht richtig in 'n Augen zu werden, aber eigentlich bin ich doch fröhlich. Und warum sollt' ich auch nicht fröhlich sein? Liegt er doch nun und hat Ruhe! Und ich bin darin 'n närrischer

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Kerl: wenn ich Weizen säen sehe, so denk' ich schon an die Stoppeln und den Erntetanz. Die Leut' fürchten sich so vor einem Toten, weiß nicht, warum. Es ist ein rührender, heiliger, schöner Anblick, einer Leiche ins Angesicht zu sehen, aber sie muß ohne Flitterstaat sein. Die stille blasse Todesgestalt ist ihr Schmuck, und die Spuren der Verwesung ihr Halsgeschmeide und das erste Hahnengeschrei zur Auferstehung.

Matthias Claudius.

Ich möchte wohl einmal zur letzten Ruhe gehen,
Wenn rings in Duft und Glanz die Bäume stehen,
Wenn alles blüht und leuchtet und so schimmernd ist die Welt,
Daß schon ein leises Ahnen, in die Seele fällt.
Von jener Schönheit, drin der Himmelsgarten prangt,
Daß auch mein Leib voll Sehnen nun dorthin verlangt.

M. Feesche.

Neuenbürg, 21. Nov. Morgen ist Totensonntag! Der Tag, welcher neben dem treuen Gedenken der von uns Geschiedenen vornehmlich der dankbaren Erinnerung an unsere toten Helden im Weltkrieg geweiht ist. Ueber 11 Jahre sind dahingegangen seit dem Ausbruch jenes mörderischen Ringens, während dessen Deutschlands Heldenkraft in hellstem Licht erstrahlte, die deutschen Vaterlandsverteidiger gegenüber an Zahl weit überlegenen Gegnern Wunder der Tapferkeit vollbrachten, die einzig in der Weltgeschichte dastehen. Sieben Jahre sind dahingegangen seit jenem unseligen Friedensschluß, der das vertrauensselige Deutschland nach herrlichen Waffentaten demütigte, wie nie zuvor ein Volk der Erde gedemütigt wurde. Sieben Jahre sind dahin und noch hat sich das deutsche Volk nicht gefunden zur inneren Einigung und Geschlossenheit, zerrissen und gespalten in viele Parteien und Parteichen ist es, waffenlos, der Willkür seiner einstigen Gegner, die es zum Teil heute noch sind, preisgegeben. Nun ist vor uns der Totensonntag. Er mahnt uns zur inneren Einkehr zum Glauben an Deutschlands Wiedergeburt, zur Einigung. Er richtet an jeden einzelnen von uns die stumme aber ernste Frage: Hast nicht auch du in deinem Teil gefehlt, daß Deutschland heute noch, zerrissen und uneinig, sich innerlich zerfleischt, daß der deutsche Bruder den deutschen Bruder bekämpft, daß Schranken im deutschen Volk aufgerichtet sind, die heute nicht vorhanden sein dürften? Jene Braven aus dem Weltkrieg, die Gesundheit und Leben opferten, für das Vaterland, für uns, richten an uns die stumme aber um so ernstere Mahnung: Seid einig! Auch sie waren einig in dem ernsten und festen Willen, alles zu geben für das Vaterland, für uns, denn sie brachten für uns ihr kostbar Leben zum Opfer: Ein Ungenannter sang einst:

Fern ferne im Osten, da gähnt ein Grab,
da senkt man zu tausend die Toten hinab,
für uns!
Im Westen manch Kreuz ragt schlicht und klein,
da liegen sie stumm in langen Reihn,
für uns!
Und wo im Winde rauschet das Meer,
da gaben sie freudig das Leben her,
für uns!
Sie opferten Zukunft und Jugendglück,
für uns!
Sie kehren nie wieder zur Heimat zurück.
Sie gaben ihr alles, ihr Leben, ihr Blut,
sie gaben es hin mit heiligem Mut,
für uns!
Und wir? Wir können nur weinen und beten
für sie, die da liegen bleich und zertreten,
für uns!
denn es gibt kein Wort für das Opfer zu danken,
und es gibt keinen Dank für sie, die da sanken,
für uns!

In einem der schönsten Soldatenlieder klangs: „Die Vöglein im Walde, sie sangen so wunder wunderschön". Dieser Sang ertönte für die gefallenen Kameraden und ihre trauernd Hinterbliebenen aus in dem Refrain: In der ewigen Heimat, dort gibts das Wiedersehn. So ist's Gottes, des Weltenlenkers, unerforschlicher Ratschluß gewesen. Des Höchsten Wille geschah an unsern toten Brüdern. Uns ist heilig ihr Opfertod. Gottes Wille soll auch von uns Lebenden erfüllt werden. Dazu haben wir Verstand und Freiheit des Willens vom Schöpfer erhalten. Laßt uns die Kräfte unserer Seelen und unseres Leibes stets in gesundem Sinne entfalten für Gott, für uns, für alle Mitmenschen nach dem Vorbilde unserer gefallenen Brüder, die im Glauben, in der Hoffnung, in der Liebe für das deutsche Vaterland starben. Ihnen leuchte dafür das ewige Licht. Und uns gebe der Allerhöchste Mut und Kraft zur treuesten Pflichterfüllung. Wie für die Toten, so singen die Vögelein auch für uns, die Lebenden: In der ewigen Heimat, dort gibts das Wiedersehn. Das walte Gott!

Neuenbürg, 20. Nov. Ein letzter Nachklang zum Schwäbischen Landessängerfest in Eßlingen! — Mit großer Spannung haben die schwäbischen Sänger im ganzen Lande schon wochenlang auf das Gutachten des Preisgerichts über die Wettgesangsleistungen der beteiligten Bundesvereine gewartet. Freude über die gezollte Anerkennung einerseits und bittere Enttäuschung über die mannigfachen Ausstellungen und Bemängelungen anderseits hat die nunmehr eingetroffene Kritik der Preisrichter bei den wettsingenden Vereinen ausgelöst. Aber Preissingen ist und bleibt eben Glückssache, mögen auch die Vorbereitungen die denkbar besten und sorgfältigsten gewesen sein; denn der Ausgang desselben ist nicht allein vom Dirigenten, sondern von der augenblicklichen Gemütsverfassung jedes einzelnen Sängers und von sonstigen äußerlichen Zufälligkeiten abhängig. Gewiß hat mancher nicht preisgekrönte Verein seinen Preischor vorher zu Hause so und so oft völlig einwandfrei in geradezu mustergültiger Weise gesungen. Aber die Preisrichter hatten eben die unabweisbare Pflicht, die Gesangsleistungen so zu bewerten, wie sie gerade im Augenblicke des Preissingens zu Gehör kamen, die Unterschiede nach Pflicht und Gewissen genau abzuwägen und dementsprechend die Einteilung vorzunehmen. In den allgemeinen Bemerkungen über den Wettgesang bringen die Berichterstatter der einzelnen Klassen durchweg ihre uneingeschränkte Anerkennung, ihre Hochachtung und Bewunderung vor der zielbewußten Arbeit in den Vereinen zum Ausdruck. Professor Buck, der Berichterstatter der II. Abteilung (gehobener Volksgesang) kommt in seinen allgemeinen Betrachtungen über die einzelnen Gesangsleistungen zu dem Schluß: „Hut ab vor solcher Gesangspflege!" Dem Neuenbürger Liederkranz hat sein mit dem 1. Preis ausgezeichneter Chor „Jung Vosler" von Hirsch folgende glänzende Begutachtung eingetragen: „Temperament blitzte auf, Schneid heischte mit lodernden Eifer Beachtung. Rhythmus und Phrasierung waren durchaus lobenswert, der Chorklang hatte Substanz, Kern. Harmonisch stand der H-Dur-Akkord auf Seite 5 oben, nicht; auch hatte die Quarte fis-h bei „mein bewegt", auf Seite 4, Schwierigkeit gemacht (nach dem A-Dur-Abschluß), wie eine Seite vorher das Treffen des ais bei „seine blauen Augen". Man schloß einen halben Ton zu hoch. Aber das Ganze hatte samosen, zündenden Wurf." Mögen diese anerkennenden Worte aus berufenem Munde dem Liederkranz und seinem Leiter ein neuer und dauernder Ansporn sein, auf der eingeschlagenen Bahn angestrengter, zielbewußter Arbeit und zähem Vorwärtsstrebens weiterzuschreiten zur Ehre und zum Heil des deutschen Liedes!

(Wetterbericht.) Der Hochdruck über Mitteleuropa ist südostwärts gewandert und hat sich dabei verstärkt. Die Depressionsgebiete über Nordeuropa reichen nicht bis nach Süddeutschland heran. Für Sonntag und Montag ist zwar zeitweise bedecktes, aber doch noch vorwiegend trockenes Wetter zu erwarten.

Calmbach, 21. Nov. Wie aus dem Inseratenteil ersichtlich, veranstaltet die noch junge, aber sehr rührige und bedeutend erstarkte Ortsgruppe der Deutsch-demokratischen Partei morgen Sonntag nachmittag im Gasthaus zum Bahnhof eine öffentliche Versammlung, in welcher der Reichstagsabgeordnete Theod. Heuß über das Thema sprechen wird: Locarno und die deutsche Außenpolitik. Heuß ist einer der besten Köpfe der Partei und ein Redner, wie man ihn selten trifft. Deshalb ist der Besuch der Versammlung für jeden, der es wahrhaft aufrichtig mit Deutschlands Geschick meint, wärmstens zu empfehlen.

Neueste Nachrichten.

Stuttgart, 20. Nov. Auf die Kleine Anfrage der Abgg. Keil und Gen. über die Maßnahmen der Württ. Regierung zum Preisabbau hat das Arbeits- und Ernährungsministerium folgende schriftliche Antwort erteilt: Soweit die von der Reichsregierung in Aussicht genommenen Maßnahmen zur Herbeiführung eines Preisabbaues der Mitwirkung der Länder und Gemeinden bedürfen, ist seitens der Württ. Regierung das Erforderliche eingeleitet worden. Insbesondere wurden die Gemeindeverwaltungen und örtlichen Preisprüfungsstellen, soweit es sich um die örtliche Durchführung von Preissenkungsmaßnahmen handelt, mit den nötigen Weisungen und Richtlinien für ihr Vorgehen versehen. Ferner wird beim Polizeipräsidium eine Kartellüberwachungsstelle eingerichtet. Mit den bisher in Württemberg getroffenen Maßnahmen ist ein Erfolg bereits auf mehreren lebenswichtigen Gebieten erzielt worden.

Düsseldorf, 20. Nov. Die Phönix-A.G. für Bergbau und Hüttenwesen sieht sich infolge Absatzmangel genötigt, ab morgen, ihre Betriebe in Oberbilk und Lierenfeld vorläufig einzustellen. Durch die Stillegung werden etwa 2500 Arbeiter betroffen.

Berlin, 20. Nov. Die deutschnationale Reichstagsfraktion hat eine Interpellation eingebracht, in der von der Regierung schleunige Maßnahmen zur Beseitigung der Kreditnot, welche die deutsche Landwirtschaft in katastrophaler Weise bedrohe, gefordert werden.

Berlin, 20. Nov. Heute nachmittag stürzte auf dem Flugplatz Staaken ein Flugzeug der Flugsportschule in einer Höhe von 300 Metern beim Nehmen einer scharfen Linkskurve ab und fiel auf eine zum Flugplatz gehörende Scheune. Dabei ging die Maschine in Trümmer. Der Führer v. Knobelsdorf wurde aus seinem Sitz auf den Erdboden geschleudert und blieb tot liegen.

Berlin, 20. Nov. Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei beschloß heute nach kurzer Aussprache einstimmig, der Regierungsvorlage über den Vertrag von Locarno ihre Zustimmung zu geben.

Berlin, 19. Nov. Bei den gestrigen Besprechungen mit den Fraktionsführern ließ Dr. Luther durchblicken, daß das Kabinett nach Unterzeichnung der Locarno-Verträge zurücktreten werde. — Die Kommunisten haben im Reichstag den Antrag eingebracht, die bei den Zolldebatten im August ausgeschlossenen sieben Kommunisten zu den Beratungen des Reichstages wieder hinzuzuziehen. — Die Creditbank für Industrie und Landwirtschaft in Berlin gab badischen Städten ein Darlehen von etwa 4 Millionen Mark zu 9½ Prozent Zinsen auf drei Jahre. Das Geld entstammt Schweizer Banken.

Hamburg, 20. Nov. Der Hamburger Dampfer „Ernst Hugo Stinnes 2" ist in der Nähe von Aalesund auf Grund geraten. Das Schiff ist leckgesprungen und wird wahrscheinlich völlig wrack werden. Die Mannschaft ist in Aalesund angekommen.

Königsberg, 20. Nov. Die „Königsberger Allgemeine Zeitung" meldet aus Neukuhnen, daß von mehreren gestern morgen ausgelaufenen Fischerbooten ein offenes Motorboot bis jetzt noch nicht zurückgekehrt ist. Es müsse angenommen werden, daß das Boot mit vier Mann Besatzung verloren gegangen ist.

Warschau, 20. Nov. Das Memel-Direktorium ist zurückgetreten. Skrynsky ist es nach langen Verhandlungen gelungen, das polnische Kabinett endgültig auf der Grundlage der Großen Koalition zu bilden.

Paris, 20. Nov. Der französische Marineminister wird in den nächsten Tagen eine neue Abrüstungsvorlage einbringen, durch die die Rüstung zur See um ein Drittel verringert werden soll.

London, 20. Nov. Die englische Königin-Mutter Alexandra ist am Freitag gestorben.

Havanna, 20. Nov. Der aus Haiti kommende Dampfer „Ville des Gages", der über 200 Arbeiter für die Zuckerpflanzungen von Santiago an Bord hatte, ist am Montag gesunken. Ein Ingenieur und zwei Seeleute wurden von einem britischen Schiff gerettet. Zehn Flugzeuge des amerikanischen Flottenstützpunktes Guantanamo suchen zur Zeit nach weiteren Ueberlebenden des Unglücks.

Württembergischer Landtag.

Stuttgart, 20. Nov. In der heutigen Sitzung des Landtags sprachen die Abgg. Dr. Schumacher (Soz.) und Fischer (Komm.) längere Schlußworte zu den gestern behandelten Großen Anfragen. Dann schritt man zu den Abstimmungen, die sich recht schwierig gestalteten, mehrfach von Geschäftsordnungsdebatten begleitet waren und über eine Stunde dauerten. Angenommen wurden die demokratischen Anträge betr. Uebersicht über die Auswanderung aus Württemberg und betr. Pflege des bargeldlosen Verkehrs. Ferner wurden angenommen aus den Anträgen verschiedener Parteien die Forderungen nach Umwandlung kurzfristiger öffentlicher Kredite in langfristige, Herabsetzung der Zinssätze und Ermäßigung der im Verkehr mit Geldinstituten übermäßig gesteigerten Kosten durch Ueberweisung an den Finanzausschuß und nach Herabsetzung der Steuerverzugszinsen durch Ueberweisung an den Steuerausschuß, außerdem die Forderungen nach Aufhebung der Luxusumsatzsteuer, nach Erhöhung der Unterstützungssätze für völlig Erwerbslose, weiterhin die Forderung, bei der Reichsregierung für die Schaffung einer Fürsorge zugunsten der Kurzarbeiter einzutreten. Angenommen wurde der Antrag, den Jugendlichen im Alter von 16—18 Jahren unverzüglich die Erwerbslosenunterstützung zu gewähren und eine Landesgefahrengemeinschaft zwecks einheitlicher Belastung der Wirtschaft auf dem Gebiet der Erwerbslosenfürsorge zu schaffen. Dem Landtag soll auch Aufklärung über die Bereitstellung von Notstandsarbeiten gegeben werden und zudem sollen ausreichende Notstandsarbeiten zur Beschäftigung von Erwerbslosen im Zusammenwirken mit den Gemeinden und Amtskörperschaften sowie den Reichsstellen mit Beschleunigung in die Wege geleitet werden. Alles übrige wurde abgelehnt. Der Entwurf einer Aenderung des Besoldungsgesetzes wurde dem Finanzausschuß überwiesen und dann noch ein Antrag auf Abgabe von Brennholz an Schwerbeschädigte und Kriegerhinterbliebene zum Taxpreis angenommen. Die Frage der Aberkennung des Mandats des kommunistischen Abg. Haller wurde dem Staatsgerichtshof überwiesen. Nunmehr begann die Beratung des zweiten Landessteuergesetzes von 1925. Diese Beratung wurde von Finanzminister Dr. Dehlinger mit einer einstündigen Rede eingeleitet, der ausführte, daß die ganze Volkswirtschaft in großer Not sei, der Staat ebenso wie die Steuerzahler und daß wir uns nur retten können, wenn wir zusammenhalten. Die Steuerlast des deutschen Volkes sei von 5 Milliarden vor dem Krieg auf 9 Milliarden in diesem Jahre gestiegen. Diese Steigerung sei zurückzuführen auf Krieg, Revolution und Ausbeutung unter dem Joche der Fremdherrschaft. Die Reparationslast verschlinge demnächst jährlich 2½ Milliarden. Der Hauptanteil der Ausgaben entfalle bei Reich und Staat auf den Personalaufwand, der sich, wenn man den Aufwand für die Polizei abziehe, in Württemberg gegenüber 1914 um 100 Prozent auf 120½ Millionen erhöht habe. Aehnlich sei es mit den Gemeinden, wo allerdings der Sachaufwand den Personalaufwand übersteige. Die Protestversammlung des Württ. Städtetags am nächsten Sonntag richte sich an die falsche Adresse. Die Herren könnten sich die Reise sparen. Der Unmut müsse sich nach außen gegen den Frieden von Versailles, nicht nach innen wenden. Auf die Dauer könne das Volk die Steuerlast nicht ertragen, aber da man an den Reparationslasten nichts zu ändern vermöge, so müsse man im Innern die Ausgaben herabsetzen. Der Minister rechtfertigte dann den Sparerlaß der Regierung, von dem die Wände der Rathäuser heute noch zittern, der aber über die Grenzen Deutschlands hinaus durch den Aufruf zum Weltspartag seine Berechtigung gefunden habe. Die Sachaufwendungen beim Staat seien schon so abgedrosselt, daß man sie kaum mehr verringern könne, und so müsse man an den Personalaufwand herangehen. Von jeder Behörde sei eine Uebersicht über die Zahl der Beamten eingefordert. Der Landessparausschuß werde nachforschen, wo Stellen eingespart werden können. Die Beamten seien darüber nicht erfreut, aber hier müsse das Staatsinteresse vorangehen. Die Arbeit der Vereinfachung der öffentlichen Verwaltung sei außerordentlich mühsam. Zahlreiche Vereinfachungsmaßnahmen konnten durch Verfügungen der Ministerien vollzogen werden und traten nach außen nicht so in Erscheinung. Die Regierung werde nicht Halt machen bei der Staatsverwaltung, denn der Landessparausschuß werde seine Tätigkeit auf die gesamte öffentliche Verwaltung erstrecken, auch auf die Gemeinden. Der Minister ging dann näher auf den vorliegenden Entwurf ein, der einen gerechteren Lastenausgleich zwischen den Gemeinden bringe, besonders die Arbeiterwohngemeinden berücksichtige und die Wegsteuer aufhebe. Es gebe Gemeinden, die die höheren Schullasten ohne Steuererhöhung tragen könnten. Daran werde keine Protestversammlung des Städtetags etwas ändern. Durchschnittlich betrage die Erhöhung der Gemeindeumlagen nur 1 Prozent. Württemberg habe in den letzten zwei Jahren 65 Millionen für den Wohnungsbau zur Verfügung gestellt und stehe damit an der Spitze aller deutschen Länder. Der Minister betonte zum Schluß, seine Aufgabe sei, eine sachliche Finanzpolitik zu treiben und darin lasse er sich durch keinerlei Angriffe irre machen. Zum Schluß der Sitzung begründeten noch der Abg. Wermuth (B.B.) eine Große Anfrage betr. die Notlage der Landwirtschaft und der Abg. Dr. Schall (Dem.) eine solche betr. die Notlage des gewerblichen Mittelstandes, worauf die Weiterberatung in später Abendstunde auf morgen vertagt wurde.

Schlußverhandlung im Dolchstoßprozeß.

München, 20. Nov. In der heutigen Verhandlung hatte der Beklagte Schriftleiter Gruber das Wort zu seinen Schlußausführungen. Er betonte, daß Professor Cohmann in seinem Schlußwort nichts darüber gesagt habe, daß er der sozialdemokratischen Partei und ihren Führern den größten Schimpf angetan habe, den man einer politischen Partei antun könne, indem er sie des Verrates am eigenen Land und eigenen Volk beschuldigt habe. Wenn man derartig beschimpft und verdächtigt worden sei, dann seien eben scharfe Worte zur Abwehr notwendig. Mit dem Ehrenzeugnis, das der Vertreter des Privatklägers am siebten Verhandlungstage der Sozialdemokratie ausgestellt habe, könne sich seine Partei nicht zufrieden geben. Sie wolle darüber hinaus eine völlige Klärung der Ursachen des Zusammenbruchs herbeiführen. Der Vorwurf der Geschichtsfälschung und der Vorwurf der politischen Brunnenvergiftung ist durch die Beweisaufnahme erwiesen. Schriftleiter Gruber sagte zum Schluß, er erwarte vom Gericht ein gerechtes Urteil, das auch dem Volksempfinden Rechnung trage. Er habe nur den Wunsch, daß dieser Prozeß und sein Urteil zur Reinigung der vergifteten Atmosphäre beitrage, damit künftig wieder jeder deutsche Mann sich den Wahlspruch Eberts zur Richtschnur nehmen könne: „Das Volkes Wohl ist meiner Arbeit Ziel." Damit sind die Plaidoyers beendet und der Vorsitzende verkündet folgenden Gerichtsbeschluß: „Die Urteilsverkündung erfolgt am 9. Dezember vormittags 10 Uhr."

Das Ende des französischen „Nachrichtenblatts".

Koblenz, 20. Nov. Das hier vom französischen Pressedienst herausgegebene „Nachrichtenblatt" wird am 1. Dezember sein Erscheinen einstellen. Wolffs Westdeutscher Provinzialdienst erfährt, daß weder die Rheinlandkommission noch die französische Besatzung die Absicht habe, diese Zeitung in einer anderen Stadt des besetzten Gebietes neu erscheinen zu lassen. Auch ein Ersatzblatt ist nicht vorgesehen. Dasselbe Schicksal wird „Echo du Rhin" teilen, das einmal wöchentlich hier erschien und neben politischen Nachrichten dem Sport der Besatzungstruppen in großer Aufmachung diente.

Die Beisetzung Richthofens.

Berlin, 20. Nov. Der erfolgreichste Fliegeroffizier des Weltkrieges, Rittmeister Manfred Freiherr von Richthofen, hat heute seine Ruhestätte in der Heimat gefunden. Der Beisetzung ging eine erhebende Trauerfeier in der Gnadenkirche in Anwesenheit des Reichspräsidenten, des Reichskanzlers und des Reichswehrministers voraus. Inmitten eines Haines von Lorbeerbäumen dicht vor dem Altar stand der schlichte braune Sarg über und über bedeckt mit kostbaren Blumen und geschmückt mit Helm, Degen und Ordenskissen. Zu beiden Seiten auf den Altarstufen lagen zahllose Kränze, darunter ein Blumengebinde von englischen und amerikanischen Kameraden. Zu der Feier waren außer den Angehörigen des toten Fliegers die in Berlin anwesende Generalität, viele höhere Offiziere der alten Armee, Vertreter der staatlichen und städtischen Behörden, des Polizeipräsidiums und zahlreicher Organisationen erschienen. Die Trauerparade der Reichswehr, bestehend aus einer In-

er Antrag, den Jugend-
hverzüglich die Erwerbs-
nd eine Landesgefahren-
fung der Wirtschaft auf
zu schaffen. Dem Land-
reitstellung von Notstands-
sollen ausreichende Not-
n Erwerbslosen im Zu-
nd Amtskörperschaften fa-
ung in die Wege geleitet
mt. Der Entwurf einer
urde dem Finanzausschuß
auf Abgabe von Brenn-
rbinterbliebene zum Tag-
lderkennung des Mandats
de dem Staatsgerichtshof
eratung des zweiten Lan-
atung wurde von Finanz-
stündigen Rede eingeleitet.
wirtschaft in großer Not
bler und daß wir uns nur
alten. Die Steuerlast des
en vor dem Krieg auf 9
i. Diese Steigerung sei
g und Ausbeutung unter
Reparationslast verschlinge
er Hauptanteil der Aus-
uf den Personalaufwand,
r die Polizei abziehe, in
Prozent auf 120½ Mil-
mit den Gemeinden, wo
rsonalaufwand übersteige.
Städtetags am nächsten
ffe. Die Herren könnten
iffe sich nach außen gegen
innen wenden. Auf die
nicht ertragen, aber da
zu ändern vermöge, so
erabsetzen. Der Minister
Regierung, von dem die
ttern, der aber über die
en Aufruf zum Weltspar-
Die Sachaufwendungen
daß man sie kaum mehr
an den Personalaufwand
eine Uebersicht über die
andesfparausschuß werde
erden können. Die Be-
r hier müsse das Staats-
Vereinfachung der öffent-
mühsam. Zahlreiche Ver-
Verfügungen der Mini-
nach außen nicht so in
icht Halt machen bei der
parausschuß werde seine
erwaltung erstrecken, auch
ng dann näher auf den
rechteren Lastenausgleich
thers die Arbeiterwohn-
Steuer aufhebe. Es gebe
n ohne Steuererhöhung
Protestversammlung des
ttlich betrage die Er-
Prozent. Württemberg
Millionen für den Woh-
stehe damit an der Spitze
r betonte zum Schluß,
nzpolitik zu treiben und
riffe irre machen. Zum
ch der Abg. Wermuth
Notlage der Landwirt-
eine solche betr. die Not-
rauf die Weiterberatung
tagt wurde.

chstoßprozeß.

gen Verhandlung hatte
Wort zu seinen Schluß-
ssor Coßmann in seinem
, daß er der sozialdemo-
en größten Schimpf an
Partei antun könne, in-
nd und eigenen Volk be-
eschimpft und verdächtigt
rte zur Abwehr notwen-
Vertreter des Privat-
der Sozialdemokratie
i nicht zufrieden geben.
Klärung der Ursachen
Der Vorwurf der Ge-
r politischen Brunnen-
hme erwiesen. Schrift-
erwarte vom Gericht ein
pfinden Rechnung trage.
Prozeß und sein Urteil
sphäre beitrage, damit
den Wahlspruch Eberts
Volkes Wohl ist meiner
s beendet und der Vor-
eschluß: „Die Urteils-
ormittags 10 Uhr."

achrichtenblatts".

ranzösischen Pressedienst
am 1. Dezember sein
her Provinzialdienst er-
ron noch die französische
tung in einer anderen
nen zu lassen. Auch ein
be Schicksal wird „Echo
hier erschien und neben
Besatzungstruppen in

asens.

hste Fliegeroffizier des
herr von Richthofen, hat
efunden. Der Beisetzung
r Gnadenkirche in An-
Reichskanzlers und des
eines Haines von Lor-
er schlichte braune Sarg
Blumen und geschmückt
Zu beiden Seiten auf
darunter ein Blumen-
en Kameraden. Zu der
es toten Fliegers die in
here Offiziere der alten
ädtischen Behörden, des
ganisationen erschienen.
estehend aus einer In-

fanteriekompagnie mit Musik, nahm vor dem Hauptportal Aufstellung. Der Ring der Flieger, Abordnungen der Reichswehr, des Reichsbanners, der Kriegervereine und anderer Vereine und Verbände bildeten in der Scharnhorststraße Spalier. Kurz vor Beginn der Feier zogen unter dem Geläute der Glocken Fahnenabordnungen der Kriegervereine in das Gotteshaus ein und nahmen zu beiden Seiten des Katafalks Aufstellung. Der Reichspräsident von Hindenburg in Generalfeldmarschallsuniform und mit dem Marschallstab in der Hand betrat mit einem zahlreichen Gefolge von hohen Offizieren des Heeres und der Marine das Gotteshaus, von der stehenden Menge schweigend begrüßt. Als der Reichspräsident Platz genommen hatte, spielte das Musikkorps und die Andächtigen sangen gemeinsam: „Ich weiß, an wen ich glaube; denn mein Erlöser lebt!" Nach dem Gebet des Geistlichen spielte die Musik gedämpft „Ich hatt' einen Kameraden!" Dann hielt Feldprobst Dr. Schlegel die Gedächtnisrede. Unter Begleitung eines Musikkorps sang dann die Menge „Ein Morgen soll noch kommen, o brich du Tag der Fälle, du Freiheitstag brich an!" Unter den Klängen des Trauermarsches aus dem Oratorium Saul von Händel leerte sich dann langsam die Kirche. Acht Fliegeroffiziere trugen auf ihren Schultern den Sarg nach der vor dem Hauptportal stehenden Lafette. Unter Begleitung einer ungeheuren Menschenmenge setzte sich dann der Trauerzug in Bewegung. Dicht hinter den Angehörigen schritt Reichspräsident v. Hindenburg. Auf dem Friedhof wurde die irdische Hülle des toten Fliegers zur letzten Ruhe bestattet. Drei Salven donnerten über das Grab, die letzten Grüße seiner Kameraden. Während der Gedächtnisfeier in der Kirche und auf dem Friedhof kreisten in den Lüften zwei Flugzeuge des deutschen Aero Lloyds, die schwarze Flaggen gesetzt hatten und Lichtsignale gaben.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 20. Nov. Zu Beginn der heutigen ersten Sitzung nach den Ferien gedachte Präsident Löbe der verstorbenen fünf Abgeordneten Dr. Beusch (Ztr.), Dr. Spahn (Ztr.), Helling (Soz.), Lauffkötter (Soz.) und Frau Bartels (Soz.), sowie des verstorbenen Reichsministers a. D. Dr. Preuß, des Schöpfers der Weimarer Verfassung. Er machte dann dem Hause offiziell Mitteilung von dem Ausscheiden der deutschnationalen Minister aus der Regierung. Zur Tagesordnung, der ersten und zweiten Beratung des deutsch-italienischen Handelsvertrages führte Reichsaußenminister Dr. Stresemann zur Begründung der Vorlage aus, Deutschland genieße durch den neuen Vertrag alle Zollerleichterungen, die Italien in früheren Verträgen zugestanden hat. Er sei geeignet, die deutsche Außenhandelsbilanz zu verbessern und entspreche auch den Bedürfnissen des notleidenden deutschen Weinbaues. Er bat um eine möglichst beschleunigte Verabschiedung des Vertrages. In der Aussprache protestierte Abg. Dr. Hilferding (Soz.) gegen die Methode der Regierung bei der Erledigung des vorliegenden Handelsvertrages. Die deutsche Außenhandelspolitik müsse endlich in verfassungsmäßige Formen gebracht werden. Er wandte sich gegen den deutsch-spanischen Zollkrieg und kritisierte Einzelheiten des deutsch-italienischen Handelsvertrags, gegen den er im Namen seiner Fraktion protestierte. Abg. Lejeune-Jung (Dn.) forderte eine gründliche Prüfung der Vertragsbestimmungen im Auswärtigen Ausschuß. Die Zustimmung der Zentrumsfraktion zu dem Handelsvertrag erklärte Abg. Lammers (Ztr.). Abg. Dr. Schneider-Dresden (D. Vp.) hielt ein abschließendes Urteil über den Vertrag noch nicht für möglich und beantragte seine Ueberweisung an den handelspolitischen Ausschuß. Abg. Mayer-Berlin (Dem.) begrüßte in dem vorliegenden Handelsvertrag die auf allen Gebieten durchgesetzte Meistbegünstigung und die Senkung der autonomen Zölle für viele Produkte. Die weitere Aussprache wurde hierauf auf Samstag, 1 Uhr nachmittags, vertagt. Zollabkommen mit Oesterreich und der Schweiz.

Der Inhalt des Locarno-Gesetzes.

Berlin, 20. Nov. Die dem Reichstag und dem Reichsrat unmittelbar nach der Aussprache mit den Ministerpräsidenten zugeleitete Locarnovorlage besagt in ihrem ersten Paragraphen, daß der Reichstag die Unterzeichnung der Locarnoverträge am 1. Dezember in London billigt. In dem zweiten Paragraphen ermächtigt der Reichstag die Reichsregierung zur Vorbereitung der Herbeiführung des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund. In einem dritten Paragraphen ist die übliche Inkraftsetzungsformel niedergelegt. An der Annahme der Vorlage ist kaum noch zu zweifeln. Im Reichstag soll die erste und zweite Lesung in Verbindung mit einer Erklärung der Regierung bereits am Montag stattfinden. Mit der endgültigen Verabschiedung ist, da eine Frist zwischen der zweiten und dritten Lesung liegen muß, nicht vor dem 25. November zu rechnen.

Die Sozialdemokraten für Annahme des Locarno-Gesetzes.

Berlin, 20. Nov. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion gab am Schlusse ihrer Sitzung folgenden Bericht aus: Die Reichsregierung verlangt zugleich mit der Entscheidung über die Locarno-Verträge vom Reichstag die Entscheidung über den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund. Die Sozialdemokratie wird entsprechend ihren früheren Forderungen für den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund stimmen. Sie wird, um dieses Ziel zu erreichen, den Locarno-Verträgen, deren sachlichen Inhalt auf der Linie der sozialdemokratischen Außenpolitik liegt, und für die die Regierung in der gleichen Vorlage die Zustimmung verlangt, zustimmen. Sie steht dabei in Uebereinstimmung mit den Londoner Beschlüssen der sozialdemokratischen Arbeiterinternationale vom 5. Nov. 1925. Die Frage der Regierungsbildung ist an die Fraktion, wie die T.U. hört, bisher noch nicht herangetreten. Die Fraktion hat sich daher heute mit dieser Frage noch nicht befaßt.

Empfänge von Parteiführern beim Reichskanzler.

Berlin, 20. Nov. Wie den Blättern mitgeteilt wird, empfing der Reichskanzler heute vormittag nacheinander die Parteiführer der Sozialdemokraten, der Demokraten und der Regierungsparteien.

Zur parlamentarischen Lage.

Berlin, 21. Nov. Die „Tägliche Rundschau" schreibt: Die Mitteilungen, die der Reichskanzler gestern den Parteiführern gemacht hat, lassen erkennen, daß das Kabinett durchaus bereit ist, die innere Politik wieder zu ihrem Rechte kommen zu lassen, wenn die außenpolitische Frage ihre Lösung gefunden hat. Vielleicht werde in unverbindlichen Besprechungen der Boden im Parlament und auch innerpolitisch jetzt schon etwas sondiert. Eine Entscheidung werde aber vor der Abstimmung über Locarno von keiner Partei gesucht. Ueber das vermutliche Abstimmungsergebnis schreibt das Blatt, daß außer den Deutschnationalen, den Völkischen und den Kommunisten alle Fraktionen voraussichtlich ohne Ausnahme für den Vertrag von Locarno stimmen werden. Im Laufe des Vormittags werde der Reichskanzler die Parteiführer empfangen, um ihnen die Richtlinien vorzulegen, die das Kabinett den deutschen Delegierten mit auf den Weg nach Locarno gegeben habe. Wie das Blatt wissen will, sind die Richtlinien in allen Punkten von den Delegierten mit vollstem Erfolg eingehalten worden, mit Ausnahme der Saarfrage und der Frage der Luftschiffahrt. Ueber die Frage der Luftschiffahrt schwebten zurzeit Verhandlungen, bei denen Deutschland völlig gleichberechtigt sei und die eine unseren Interessen entsprechende Neuregelung erwarten ließen. Die Vorverlegung der Abstimmung im Saargebiet solle auf eigenen Wunsch der Saarländer erst angestrebt werden, wenn die Frage der Räumungsfristen geregelt sei. Auch in diesen beiden Punkten schließe die Rechnung also keineswegs mit einem Minus ab. In allen übrigen Punkten sei das Programm aber durchaus gehalten worden, ein Programm, das, wie das Blatt ausdrücklich hervorhebt, unter Mitarbeit der deutschnationalen Minister aufgestellt worden sei.

Das Berufungsverfahren im Fall Bothmer.

Berlin, 20. Nov. Beim Vorsitzenden des Potsdamer Schöffengerichts ist gestern die Haftbeschwerde der Gräfin von Bothmer eingegangen. Sie stützt sich auf die seelische Verfassung und den Zustand der Angeklagten. Die Gefangene wird ärztlich untersucht. Mit Rücksicht darauf, daß eine Haftentlassung gerade in dieser Sache Verdunkelungsgefahr nach sich zieht, wurde ein beschleunigtes Berufungsverfahren angeordnet. Die Verhandlung wird Ende Dezember stattfinden und soll nur drei Tage in Anspruch nehmen. Der Gatte der Gräfin, Regierungsrat Graf Ludwig Bothmer, der von Potsdam nach Münster versetzt worden ist, hat seinen Abschied eingereicht. — Gegen den Polizeihauptmann Hetter ist das Disziplinarverfahren von der Oberdisziplinarkammer eingeleitet worden. Ferner ist gegen den Hausdiener Otto Stange Anklage wegen Abgabe einer falschen eidesstattlichen Versicherung erhoben worden.

Das deutsch-spanische Provisorium.

Berlin, 20. Nov. Halbamtlich wird mitgeteilt: Zwischen der deutschen Botschaft in Madrid und der spanischen Regierung ist am 18. November ein Handelsprovisorium von sechs Monaten abgeschlossen worden. Das wichtigste Ergebnis dieses Provisoriums ist, daß Spanien sofort seine Kampfmaßnahmen wieder aufhebt. Die Kampfmaßnahmen seitens der spanischen Regierung sind bereits am 18. November aufgehoben worden. Die deutsche Regierung hat daraufhin beschlossen, die gegen die spanische Einfuhr nach Deutschland vorbereiteten Abwehrmaßnahmen, die am 19. November in Kraft treten sollten, nicht in Kraft zu setzen.

Für die Küche ist das Beste gerade gut genug. Deshalb sieht die erfahrene Hausfrau überall auf Qualität und hält ihre Vorratskammer frei von minderwertigen Nahrungs- und Genußmitteln. Sie bevorzugt als bewährtes und in jeder Beziehung erstklassiges Küchenhilfsmittel Maggi's Würze, von der wenige Tropfen schon genügen, um schwache Suppen, fade Soßen zu verbessern und zum Gemüsen und Salaten einen köstlichen Wohlgeschmack zu geben.

Feldbereinigung II auf Markung Birkenfeld.

Nachdem die Zentralstelle für die Landwirtschaft, Abt. für Feldbereinigung, mit Erlaß vom 17. Okt. 1925 Nr. 7609 das vom Gemeinderat Birkenfeld beantragte Unternehmen einer Feldbereinigung mit neuer Feldeinteilung in den Gewanden: „Krumme Morgen, Krähenbaum, Klämmlen, Fuchsrain, Reutäcker, Standachbusch, Wasen, Brunnenäcker, Tiefenbacher, Straßenäcker, kleine Höhe, Hirsenäcker, Kiesbuckel, Kleines Kiesfeld, Fleckenäcker, Dammfeld, Katzensteig, Heidenäcker, Otterbusch, Regelbaum und Neureut" der Markung Birkenfeld als für die Landeskultur nützlich und im allgemeinen zweckmäßig erkannt und zur Abstimmung zugelassen hat, wird hiemit

Tagfahrt zur Abstimmung über den Antrag und zur Wahl der Mitglieder der Vollzugskommission auf

Mittwoch, den 23. Dezember 1925, vormittags 8 Uhr,

im Rathaus in Birkenfeld anberaumt.

Zu der Abstimmung werden die beteiligten Grundeigentümer oder ihre Vertreter, welche sich über die Vertreterbefugnis rechtsgültig auszuweisen haben, eingeladen, wobei diejenigen, welche bei der Abstimmungstagfahrt weder in Person noch durch Vertreter erscheinen, als dem beantragten Unternehmen zustimmend angesehen und von der Teilnahme an der Wahl der Mitglieder der Vollzugskommission ausgeschlossen werden. Ein Einspruch der Nichterscheinenden oder eine Wiedereinsetzung in den vorigen Stand gegen diese gesetzliche Folge des Ausbleibens ist unzulässig.

Der Plan über die Feldbereinigung, das Beteiligtenverzeichnis, der Kostenvoranschlag, eine schriftliche Darlegung darüber, auf welche Aenderungen und Verbesserungen des bestehenden Zustandes das Unternehmen ausgedehnt werden soll, sowie der Bescheid der Zentralstelle für die Landwirtschaft vom 17. Oktober 1925 sind vom 24. November 1925 an auf dem Rathaus in Birkenfeld zu jedermanns Einsicht aufgelegt.

Etwaige Ansprüche auf Freilassung von dem Unternehmen oder auf Anteilnahme an demselben, welche aus Art. 4 und 5 des Feldber.-Ges. vom 30. März 1886 abgeleitet werden, sind innerhalb der Ausschließungsfrist von zwei Wochen beim Ortsvorsteher in Birkenfeld oder beim Oberamt geltend zu machen. Ein Antrag auf eine von der Regel des Art. 56 des Feldber.-Ges. abweichende Tragung der Kosten müßte mindestens zwei Wochen vor der Abstimmungstagfahrt beim Oberamt schriftlich eingereicht werden.

Kommt die Wahl der Mitglieder der Vollzugskommission (3 Landwirte und 2 Ersatzmänner) in der Abstimmungstagfahrt aus irgend einem Grunde nicht zustande, so werden diese Mitglieder auf Antrag des Oberamts von der Zentralstelle berufen.

Neuenbürg, den 20. Nov. 1925. **Oberamt:** Lempp.

Forstamt Neuenbürg.

Wegbau-Akkord.

Die Arbeiten zur Wiederherstellung einer 4700 Meter langen Strecke des linksseitigen Eyachtalwegs sind unter Zugrundelegung der gedruckten und besonderer Bedingungen zu vergeben.

Schriftliche Angebote in Prozenten der Ueberschlagspreise für die einzelnen Positionen wollen bis **spätestens Montag, den 30. November 1925, nachm. 4 Uhr,** beim Forstamt eingereicht werden, woselbst der Voranschlag und die Bedingungen zur Einsicht aufliegen.

Ihr Geldbeutel und

Ihre Gesundheit profitieren, wenn Sie es den vielen Millionen gleichtun, die schon seit Jahrzehnten tagaus, tagein Kathreiners Malzkaffee trinken. Er ist stets bekömmlich, auch für Kranke und Kinder. Das ganze Pfundpaket kostet nur 50 Pfennig!

Tanz-Unterhaltung.

Die im „Enztäler" Nr. 272 bekanntgegebene, am nächsten Sonntag im „Rößle" in **Rotensol** geplante Tanzunterhaltung findet nicht statt.

Neuenbürg, den 20. Nov. 1925. **Oberamt.** Amtmann Heckel.

Stadtpflege Neuenbürg.

Steuerumlage 1925.

Die Kataster für die **endgültige** Umlage auf **Grund, Gebäude und Gewerbe** für 1. April 1925/1926 sind festgestellt und die Steuerumlage gefertigt. Die Steuerzettel gehen im Laufe der nächsten Woche den Steuerpflichtigen zu.

Die auf 10. November 1925 berechneten Rückstände sind besonders hervorgehoben und bei Vermeidung von Verzugszinsen unverzüglich an die Stadtpflege zu zahlen.

Die ab 1. Dezember 1925 folgenden monatlichen Steuerbeträge sind ebenfalls übersichtlich angegeben.

Da der Staat und die Amtskörperschaft, welchen die Einnahmen aus vorstehenden Steuern ganz zufließen, auf **pünktliche Abführung der Steuern** drängen und **im Verzug für jeden Monat 1½ % Zinsen** aufrechnen, liegt es **im eigenen Interesse der Steuerpflichtigen, die monatlichen Fälligkeitstage genau einzuhalten, da eine Wiederumlage der Verzugszinsen auf die säumigen Schuldner unausbleiblich ist.**

Steuerstundungsgesuche können nur in dringlichen Fällen mit hinreichender schriftlicher Begründung bei mir eingereicht werden.

Die am 8. Oktober 1925 ausgegebenen **Steueranforderungen für 1. 1. 1924 bis 31. März 1925 sind noch teilweise im Rückstand. Es wird dringend an die Bezahlung erinnert.** **Stadtpfleger Essich.**

Oberamtsstadt Neuenbürg.

Invaliden-Versicherung.

Am **Dienstag und Mittwoch, den 24. und 25. d. M.** ist der **Kontrollbeamte der Landesversicherungsanstalt Württemberg** zur Kontrolle der Quittungskarten und Auskunfterteilung hier anwesend. Es werden daher die **Arbeitgeber der häuslichen und landwirtschaftlichen Dienstboten,** sowie **sämtliche unständig Beschäftigte, freiwillig Weiterversicherte,** aufgefordert, ihre Quittungskarten am **Montag, den 23. ds. Mts.** auf dem Rathaus, Zimmer 3, abzugeben. Ebenso wollen die **Arbeitgeber, die weniger als 10 versicherungspflichtige Personen beschäftigen,** mit Lohnbüchern oder Lohnlisten und den Quittungskarten der Versicherten sich am **Mittwoch, den 25. ds. Mts., von vormittags 8—12 und nachmittags 2—6 Uhr,** auf dem Rathaus, Zimmer 8, einfinden.

Auf den Anschlag am Rathaus, aus dem näheres ersichtlich ist, werden die beteiligten Kreise noch besonders hingewiesen.

Ortsbehörde f. d. Arbeiter- u. Angestellten-Versicherung Neuenbürg (Württ.)
Schäfer.

Einzug v. Forderungen jeder Art
durch
Inkassogeschäft Wolfinger, Neuenbürg.

Waldrennach.
Zugelaufen ist mir ein

Hund
(Pinscher). Abzuholen innerhalb 3 Tagen gegen Einrückungsgebühr bei
Albert Regelmann.

Höfen a. Enz.
Zwei bis drei
Zimmerleute
finden Beschäftigung bei
Gg. Großmann,
Zimmergeschäft.

Schiefer-Tafeln
empfiehlt
C. Meeh'sche Buchhandlung.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Neuenbürg, den 20. November 1925.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme beim Hinscheiden unseres lieben Sohnes und Bruders

Reinhold Mahler,

die uns in so reichem Masse entgegengebracht wurden, dem Sängerquartett des Liederkranzes für den erhebenden Gesang, seinen Altersgenossen, dem Turnverein und Fussballklub für die ihm erwiesenen Ehrungen, sowie allen denen, die ihn durch die schönen Kranzspenden ehrten und zur letzten Ruhestätte begleiteten, sagen wir herzlichen Dank.

Die tieftrauernden Hinterbliebenen.

Deutsche demokratische Partei Calmbach

Oeffentliche Versammlung

am Sonntag, den 22. November, nachmittags 3 Uhr, im Gasthaus z. „Bahnhof" Calmbach.

Redner: Dr. Theod. Heuß, Reichstagsabgeordneter,

über das Thema:

„Locarno und die deutsche Außenpolitik".

Alle Wähler — Männer und Frauen — werden zu zahlreichem Besuch freundlichst eingeladen.

Im Hinblick auf die Bedeutung des Vortragsthemas und der zu erwartenden höchst interessanten politischen Ausführungen ergeht auch an **die Parteifreunde der Nachbargemeinden** Einladung zum Besuch.

Der Partei-Ausschuß.

In sämtlichen Artikeln habe ich z. Zt. grosses Lager, und um damit schnellmöglichst zu räumen, mache ich **vom 21. November bis 5. Dezember 1925**

äusserste Preis-Offerte.

Ganz besonders mache ich auf meine reichhaltige Auswahl in **Damen- u. Kinder-Mänteln** aufmerksam.

Jeder Kunde erhält trotz der sehr ermässigten Preise bei Barzahlung noch extra

10 Proz. Rabatt.

Oscar Meisel Nachfolger, Neuenbürg.

Rat und Hilfe
bei Abgabe der
Vermögenssteuer-Erklärung
erteilt
Otto Sowald, Neuenbürg, Windhof,
Bücherrevisor und Steuerberater.

Neuenbürg.
In den nächsten Tagen treffen ein:

Hausbrand-Koks, Steinkohlen, Anthrazit-Eiform-Briketts und Schmiede-Kohlen.

Wer seinen Bedarf noch nicht voll gedeckt, hat hier Gelegenheit, sich günstig einzudecken. Ab Waggon, frei Haus oder Keller.

Telefon 99. **G. Bacher.**

Höfen a. E.

Parkett-Böden

jeder Art werden geliefert in **Asphalt** oder auf **Blendboden** verlegt, auch werden **alte Böden ausgebessert und abgezogen.** Pünktliche und meistermäßige Arbeit wird zugesichert.

Ein Schlafzimmer mit Spiegelschrank, eiche fourniert, garantiert solide Arbeit, nur trockenes Holz, Füllungen abgesperrt, ein Zerreißen ganz unmöglich; auch **Küchenmöbel** am Lager. Alles gebe ich wegen Platzmangel zu den billigsten Preisen ab.

Gg. Rohrer, Schreinerm.,
Telefon 30. **Spezialgeschäft für Parkettböden.**
Asphalt, Kessel mit Zubehör am Lager.

Herrenalb.
In der **Konkurssache** von **Karl Seufer,** Inhaber eines gemischten Waren- und Damen-Friseur-Geschäfts hier

versteigere ich gegen Barzahlung

am **Montag, den 30. November 1925, vormittags von 9 Uhr ab,** im Rathaussaal das **Warenlager,** darunter Tabak-, Zigarren, Schreib-, Papier- und Spielwaren, Reiseandenken, Nippsachen, Lederartikel, Messer, Scheren, Schirme, Stöcke, Uhren, Bänder, Garne, Schürzen, Mützen, Strick- und Wollsachen, Kinderkleider, Westen, Socken, Strümpfe, Damen- und Herrenwäsche, Toilettenartikel verschiedenster Art und anderes, die **Ladeneinrichtung,** Schränke, Tische, Glaskästen, Schaufensereinrichtungen, sowie **Haushaltungsfahrnis,** wie Betten, Schränke, Stühle, Nähmaschine und anderes und eine Schreibmaschine „Kappel", Anschlag im Ganzen rund 20000 R.-M. Weitere Auskunft durch den Sachverständigen Herrn Aug. König, Kaufmann in Herrenalb (Tel. 80) und den **Konkursverwalter** Notar **Bühler.**

Richard Hagmayer
Marie Hagmayer
geb. Vogel
grüßen als
Vermählte

Neuenbürg Kirchheim-Teck | **Neuenbürg,** 21. November 1925.

Auf Teilzahlung

Für Weihnachten

besonders billige Preise.

Damenmäntel in großer Auswahl in Flausch, Tuch, Velour de laine, Plüsch u. Krimmer.
Nur prima Stoffe, tadelloser Sitz, gute Verarbeitung.
Kinder- und Backfisch-Mäntel, alle Größen,
Blusen und Kleider in den neuesten Macharten,
Damen-Wäsche, **Hemden-Beinkleider, Nachthemden, Hemdhosen, Nachtjacken** mit prima Stickereien u. Stoffen,
Schürzen für Damen u. Kinder in großer Auswahl,
Herren-Mäntel in guten Strapazier-Stoffen,
Strickwesten, Sporthosen, Windjacken, blaue Anzüge, Arbeitshosen, Zefirhemden, Tricotagen, Einsatzhemden, Reformhosen, Unterhosen, Unterjacken für Damen und Herren in nur guten Fabrikaten,
Kleider- und Seidenstoffe, Samt in verschiedenen Fabrikaten, Cindner, Menger, Velour-Chiffon.
Maßanfertigung sämtl. Damenbekleidung

Johs. Förschler,
Birkenfeld, Göthestr. 2.

Ich kann mich ausruhen
denn ich mach mir die Arbeit leicht. Die Schuhe bekomme ich spiegelblank mit einigen wenigen Bürstenstrichen. Ich gebrauche eben keine minderwertige Schuhcreme, sondern die garantiert reine Terpentinöl-Pasta Erdal.

Erdal
Die Normaldose schwarz 25 Pfg.

Radfahrer-Verein Neuenbürg.

Sonntag, den 22. ds. Mts. findet im **Gasth. z. „Ochsen"** (Nebenzimmer) unsere diesjährige

General-Versammlung

statt. **Anfang punkt 2 Uhr.**
Wegen wichtiger Tagesordnung ist das Erscheinen eines jeden Mitglieds Pflicht.

Der Ausschuß.

M. Zutavern & B. Heintzmann

Schulplatz **Pforzheim** Rosenstr. 3
Reiche Auswahl in: **Spitzen** für Kleider u. Wäsche, **Knöpfen, Besätzen** in Perl und gestickt, **Handschuhe, Strümpfe, Reformbeinkleider, Taschentücher u. alle Kurzwaren.**

Inserate heben den Umsatz!

Stadt Wildbad.

Nutzbeig- u. Brennholz-Verkauf

im mündlichen Aufstreich.

Am **Samstag den 28. Nov. 1925,** vormittags 10 Uhr, in Wildbad auf dem Rathaus aus Stadtwald **Meistern, Sommerberg** und **Wanne. Rugel Rm.:** Fo. ger. 205 m lg., 50,75 1 m lg. ger. 18.30. **Roller Rm.:** Ta. ger. 1. Kl. 2; II. Kl. ger. 8; Fi. II. Kl. ger. 5. Anbruch Rm.: 12. Auszüge durch die Stadtpflege.

Liederkranz Neuenbürg (e. V.).

Sonntag, den 22. Novbr., vormittags 11 Uhr.

Sing-Probe

für Trauergesang. Vollzähliges Erscheinen dringend notwendig.

Krieger-Verein Neuenbürg.

Wir sammeln uns am **Totensonntag kurz vor 10 Uhr** vor dem Rathaus **zum gemeinschaftlichen Kirchgang.**

Der Vorstand.

Neuenbürg.

Ev. Arbeiterverein.

Heute abend 8 Uhr

Versammlung

im „Schiff". Erscheinen Aller dringend notwendig.

FLÜGEL
PIANOS
HARMONIUM

K. SCHEID
ältestes Pianohaus am Platze
Zerrennerstr. 7
Gymnasiumstr. 15

Langenalb.
Einen Wurf schöner

Milchschweine

hat zu verkaufen
Karl Ruf, Bürgermeister.

Gaistalb, Herrenalb.
Zu **verkaufen** eine gute

Nutz- und Fahrkuh,

35 Wochen trächtig, mit dem dritten Kalb.

Christian Weißinger.

Ev. Gottesdienste in Neuenbürg.

Sonntag, den 22. Nov., **Totensonntag,**
10 Uhr Predigt (Joh. 11, 25—27; Lied 549):
Dekan Dr. Megerlin.
Kirchenchor: Selig sind die Toten.
Musikverein: Wir treten mit Beten.
½2 Uhr Christenlehre (Söhne):
Stadtvikar Tagis.
Mittwoch abends 8 Uhr Bibelstunde im Gemeindehaus (zugleich Vorbereitung und Beichte auf das Abendmahl am 1. Advent):
Stadtvikar Tagis.
Am Donnerstag abends 8 Uhr Bibelstunde in Waldrennach.

Kathol. Gottesdienst in Neuenbürg.

Sonntag, den 22. November 9 Uhr Predigt und Amt.

Methodisten-Gemeinde Neuenbürg.

Sonntag vormittag 10 Uhr Abendmahlsgottesdienst; Prediger Th. Mann, Stuttgart.
Sonntag vorm. ¾11 Uhr Sonntagsschule.
Sonntag nachm. ½3 Uhr Zeugnisgottesdienst:
Th. Mann.
Mittwoch abends 8 Uhr Bibel- und Gebetstunde.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw